

Editorial

Im Kampf um die arbeitsfreie Zeit stehen wichtige politische Auseinandersetzungen bevor:

International droht mit dem näher rückenden Kündigungstermin des Abkommens 89 über das Verbot von Frauennachtarbeit in der Industrie der Bruch eines Dammes gegen die weitere Ausdehnung von Nachtschichten.

In der Schweiz tritt die Diskussion mit dem Revisionsvorschlag des Bundesrates zum Arbeitsgesetz in eine neue, verbindlichere Phase. Im Zentrum stehen dabei die Fragen der Sonderschutzbestimmungen für Frauen, der Nacharbeit, der Sonntagsarbeit, u.a.m.. In der Offensive sind hier zweifellos die Unternehmer, in Allianz mit ModernisiererInnen verschiedenster Schattierung. Sie alle preisen die Flexibilisierung à la mode du patron. Einmal mehr wird dabei das Gebot der Gleichberechtigung der Frauen für eine Reform nach hinten missbraucht:

Statt Eindämmung der Nachtarbeit für Männer und Frauen heisst die Devise „Gleichberechtigung in der Deregulierung“. Im Effekt werden vor allem die Frauen den Preis dafür bezahlen, indem sie sich in Tieflohn-Nachtschichten der Textil- und Elektronik-Industrie wiederfinden werden. Die Unternehmer sind dabei nicht einmal bereit, Konzessionen für spezielle Schutzmassnahmen und Kompensationen gesetzlich fix zu garantieren und damit wenigstens die Folgen ausgeweiteter Nachtarbeit verpflichtend zu lindern. Solche Konzessionen würden die Patrons etwas kosten und damit die Frauennachtarbeit unrentabel machen.

Indem die Arbeitgeber die Frage nun allerdings so brutal stellen, wird es für die Gewerkschaften auch klarer, dass sie eine Abwehrfront gegen die drohende Ausweitung gesundheitlich und sozial schädlicher Arbeitszeiten aufbauen müssen. Ein erfolgreiches Beispiel für einen Abwehrkampf haben uns kürzlich die KollegInnen der IG Medien in der BRD gegeben, welche die Errungenschaft des freien Samstags dank einer Streikbewegung weitgehend verteidigen konnten. Die IG Metall bereitet derzeit eine ähnliche Auseinandersetzung vor, verknüpft mit dem Kampf um die 35-Stunden-Woche.

An der Auseinandersetzung um die Nacht- und Wochenendarbeit sind aber nicht allein der direkt betroffenen SchichtarbeiterInnen interessiert. Indem hier der soziale Lebensrhythmus insgesamt zur Diskussion steht, sind breite Teile der Gesellschaft sensibilisiert. Eine Allianz für gesundheits- und sozialverträgliche Arbeitszeiten kann neben GewerkschafterInnen auch ökologische, feministische und christliche Kreise umfassen. Ein solches Bündnis hat durchaus Erfolgchancen in einem Abwehrkampf gegen Verschlechterung des Arbeitsgesetzes, denn dieses kann nicht vom Parlament alleine revidiert werden, sondern untersteht der Referendumspflicht. Gleichzeitig stehen unabhängig von der Gesetzesrevision immer wieder Auseinandersetzungen um Arbeitszeit-Ausnahmebewilligungen, um Schutz und Kompensationsmassnahmen, auf der Tagesordnung. Dass auch hier Erfolge möglich sind, hat sich mehrmals gezeigt: In Abstimmungssiegen gegen die Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten; in der vorläufigen Verhinderung von Frauennachtarbeit in der Chips-Produktion in Marin im Kanton Neuenburg; im Kampf der Murger TextilarbeiterInnen in Sachen Durchlaufschicht; in den Bewegungen des Spitalpersonals für Zeitgutschriften für Nachtarbeit.

Andi Rieger.

P.S. Dieses Heft erscheint aus Kapazitätsgründen als Sondernummer in reduziertem Umfang. Die nächste Nummer zum Thema „Immigrationspolitik“ erscheint im Dezember im normalen Umfang.

Diskussion, Nr. 9, September 1989.
Diskussion > Redaktion. 1.9.1989.doc.